Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 71 (1979)

Heft: 1

Artikel: SGB-Energiekonzept

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354926

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Monatsschrift
des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

Heft 1
Januar 1979
71. Jahrgang

Zweimonatliche Beilage: «Bildungsarbeit»

Gewerkschaftliche Rundschau

SGB-Energiekonzept*

A. Probleme und Gefahren der Energieversorgung

1. Versorgungsrisiko und Struktur der Energiewirtschaft

Die Energiepolitik hat in den letzten Jahren eine wachsende Bedeutung erlangt und ist in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Diskussion wurde zur Hauptsache ausgelöst durch den Schock der Erdölkrise, als schlagartig der Schweiz – aber auch den übrigen industrialisierten Staaten – bewusst wurde, wie verletzlich ihre Energieversorgung ist: Drei Viertel des schweizerischen Energieverbrauchs werden mit Erdöl gedeckt, das zum grössten Teil aus den OPEC-Ländern stammt. Der grösste Teil der schweizerischen Energieversorgung ist deshalb mit einem politischen Risiko behaftet. Dazu kommt das wirtschaftliche Risiko: Die Schweiz ist dem Preisdiktat der Lieferländer und der grossen monopolistischen Ölgesellschaften fast schutzlos ausgeliefert und kann dabei schwere wirtschaftliche Schäden erleiden.
Organisation und Struktur der schweizerischen Elektrizitäts- und Gaswirtschaft sind äusserst komplex und wenig transparent. Wohl überwiegen in der Gas- und vor allem in der Elektrizitätswirtschaft die der Öffentlichkeit gehörenden Unternehmen, doch hat der einzelne Bürger zu deren Finanzgebaren, Tarifgestaltung, Investitions- und Standortpolitik usw. meist nichts zu sagen. Selbst der Einfluss der kantonalen Parlamente auf die Politik der grossen öffentlichen Elektrizitätsgesellschaften ist stark beschnitten oder nicht vorhanden. Ausserdem besteht vielfach eine nur schwer überblickbare Verflechtung zwischen öffentlichen Unternehmen und privaten Grossfirmen. Diese Verflechtung ist besonders krass bei den geplanten und im Bau befindlichen Atomkraftwerken. Hinzu

* Angenommen vom Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, 26. bis 28. Oktober 1978

kommt, dass die Allgemeinheit für diesen Energiezweig grosse finanzielle Vorleistungen in Form von Beiträgen an Wissenschaft und Forschung erbringt, eigene Forschungsergebnisse zur Verfügung stellt und schliesslich ein Katastrophenrisiko übernimmt, da die privaten Versicherungsgesellschaften für Atomunfälle nur beschränkt haften. Dies alles hat eine unheilvolle Kollusion zwischen handfesten Privatinteressen und politischer Entscheidungsgewalt einiger weniger zur Folge. Deshalb drängen sich eine Überprüfung der Strukturen der Energiewirtschaft und eine stärkere Kontrolle der Öffentlichkeit auf.

2. Gesundheitsschäden und Umweltzerstörung

Zum Versorgungsrisiko gesellen sich die Umweltzerstörung und die gesundheitlichen Schäden. Der grösste Teil der Luftbelastung geht auf die Verbrennung fossiler Energieträger zurück. Kohle und Erdölprodukte, die für die Raumheizung, im Verkehr und in der Industrie verbrannt werden, geben dabei jedes Jahr Hunderttausende von Tonnen giftiger Gase und Russ an die Atmosphäre ab. Zum Beispiel 1974 allein in der Schweiz[1]:

Kohlenmonoxid (CO)	650 000 Tonnen
Schwefeldioxid (SO^2)	110 000 Tonnen
Stickoxide (NOx)	150 000 Tonnen
Unverbrannte Kohlenwasserstoffe	150 000 Tonnen[2]
Russ und Staub	40 000 Tonnen
Blei	1 300 Tonnen

Neben diesen Stoffen, die alle stark gesundheitsgefährdend sind und die in den grösseren Städten schon heute zu akuten Erkrankungen vor allem bei schwächeren Menschen, Kindern und älteren Leuten führen – von den chronischen Schädigungen ganz zu schweigen –, fallen noch eine ganze Reihe von weiteren, zum Teil hochgiftigen Stoffen ab.
Dabei wird der Mensch nicht durch Luftverunreinigungen allein gefährdet, sondern auch durch Wasser, das zum Beispiel mit unverbrannten Kohlenwasserstoffen verschmutzt ist, oder durch den Genuss von Gemüse, Milch und anderen Nahrungsmitteln, die unter anderem mit Blei verunreinigt sind. Jedes Jahr wächst diese Giftlawine. Bis zum Jahr 2000 würde sie sich – nach gewissen Prognosen – fast verdoppeln, vor allem in den Städten, wo die Situation schon heute sehr schlimm aussieht.

[1] GEK: Die Umweltbelastung im Energiebereich; Elektrowatt, Ingenieurunternehmung Zürich, Bern 1976, Seite 46 (Entwurf).

[2] Diese Menge würde ausreichen, um rund 60 000 Wohnungen ein Jahr lang zu heizen.

Daneben bringen die herkömmlichen Energieträger eine ganze Reihe weiterer Risiken, man denke nur an die möglichen Gefahren einer Staumauer, Explosion von Gasbehältern, Pipelinebruch, Tankerunfälle usw.

3. Die Gefahr weltweiter Klimaveränderungen

Dazu kommen die klimatischen Gefahren. Russ, Kohlendioxid und Abwärme können, wenn gewisse Schwellenwerte überschritten werden, das Klima weltweit verändern. Wo genau diese Schwellenwerte liegen und was genau passieren würde, darüber streiten sich die Gelehrten. Die glaubwürdigste Hypothese, von der heute die meisten Forscher ausgehen, lautet: Die durch die Verbrennung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) verursachte, starke Zunahme von CO^2 (Kohlendioxid) in der Atmosphäre führt zu einer globalen Erwärmung, die sich über den beiden Polen besonders stark bemerkbar macht. Man rechnet, dass etwa bei einer Verdoppelung des CO^2-Gehaltes sich die globale Temperatur um rund 2 Grad Celsius erhöhen könnte, was voraussichtlich genügen würde, um die Polkappen zum Schmelzen zu bringen. Dabei würde sich der Meeresspiegel um Dutzende von Metern erhöhen und grosse Teile der Kontinente unter Wasser setzen. Wenn die Wachstumsraten des globalen Verbrauchs an fossilen Energieträgern, wie wir sie in den letzten zwanzig Jahren erlebt haben, andauern, würde diese klimatische Schwelle in 30 bis 50 Jahren erreicht sein. Man vermutet, dass eine derartige klimatische Entwicklung durch die grosse Abwärmeproduktion und durch den steigenden Russgehalt der Luft verschärft wird. Allerdings, sicher ist da niemand. Sicher ist lediglich, dass wir uns schon heute in einem globalen klimatischen Experiment befinden, über dessen Ausgang niemand Genaueres aussagen kann.

4. Die Energievorräte sind beschränkt

Erdöl, Erdgas und Kohle sind zwar in der Erdkruste in grossen Mengen vorhanden, aber nur ein ganz kleiner Teil davon kann technisch und wirtschaftlich gewonnen werden. Der überwiegende Teil ist so fein im Boden zerstreut, dass ein Abbau mehr Energie verschlingen würde, als damit gewonnen werden könnte. Von den gewinnbaren Erdölvorräten – darin eingeschlossen sind sowohl die sicheren Reserven, die durch Bohrungen nachgewiesen sind, wie die wahrscheinlichen Reserven, die zwar noch nicht gefunden sind, auf deren Existenz man jedoch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zählen darf – sind heute bereits rund 10 Prozent aufgebraucht. Wenn weltweit der Erdölverbrauch nicht mehr ansteigen würde, so könnte

der Rest noch für 110 Jahre ausreichen. Wächst der Verbrauch jährlich 4 Prozent, so schrumpft diese Zeitspanne auf 36 Jahre zusammen. Unterstellt man jedoch eine Wachstumsrate von 7,5 Prozent, wie dies zwischen 1962 und 1972 der Fall war, so würden die gesamten Erdölvorräte nicht einmal mehr 30 Jahre ausreichen. Ähnlich prekär präsentiert sich die Situation beim Erdgas. Nur die Kohle macht eine Ausnahme. Ihre Vorräte übersteigen jene des Erdöls und des Erdgases um ein Vielfaches. Der Anteil der Kohle am gesamten Energieangebot der Schweiz belief sich im Jahre 1975 aber nur noch auf winzige 1,6 Prozent.
Die Verknappung, beziehungsweise das Ausweichen auf weniger zugängliche Vorkommen, schlägt sich sehr deutlich in den Erschliessungskosten nieder. Um ein Fass Öl pro Tag zu fördern, beziehungsweise zu produzieren, müssen investiert werden[3]:

– Mittlerer Osten	100 – 300 Dollar
– Alaska	1 500 – 2 000 Dollar
– Nordsee	– 4 000 Dollar
– Kohleverflüssigung	– 7 000 Dollar
– Ölgewinnung aus Teersand	– 10 000 Dollar

Diese Entwicklung wird ihre Auswirkungen auf die Energiepreise und auf die ganze Volkswirtschaft auch in unserem Lande haben.

5. Das Problem der Atomenergie

Die Atomenergie ist sehr umstritten. Sie verlangt nach einer komplexen Grosstechnologie, die zu ganz anderen wirtschaftlichen und räumlichen Strukturen führen würde, wenn man sich einseitig auf sie abstützen wollte. Sie erzeugt bei der Elektrizitätsproduktion gewaltige Mengen von Abwärme, die zu regionalen Klimastörungen führen können. Die Nutzung der Abwärme für die Fernwärmeversorgung wirft noch eine Reihe von Fragen auf. Viele Probleme, vor allem bezüglich der Sicherheit, sind noch ungelöst. Die Möglichkeit eines grossen Unfalls bei einem einzelnen Atomkraftwerk ist nicht auszuschliessen und die gewaltigen Ausmasse der im schlimmsten Fall möglichen Katastrophe sind erschreckend. Auch die Probleme im Zusammenhang mit der Brennstoffaufbereitung und der Lagerung radioaktiver Abfälle harren noch einer Lösung. Heute liegen dazu erst Vorschläge vor, wie man es machen könnte. Einmal freigesetzte Radioaktivität muss dauernd kontrolliert und für Jahrtausende überwacht werden. Die Atomwirtschaft erfordert deshalb auf die Länge eine rigorose soziale Stabilität, die nur mit ver-

[3] Dolinski Urs und Ziesing Hans-Joachim: Ziele für eine bayrische Energiepolitik. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1975, Seite 279 ff.

mehrten Sicherheitskräften gehalten werden kann. Und dies ist nicht nur ein technisches, sondern in erster Linie ein gesellschaftliches und politisches Problem.
Der wirtschaftlich gewinnbare nukleare Brennstoff für die Reaktoren der heutigen Generation (Leichtwasserreaktoren, Siedewasserreaktoren) geht etwa zur gleichen Zeit oder noch früher zu Ende als die Reserven an Gas und Erdöl.
Die Hoffnung auf den Einsatz der sogenannten Brüter, die mehr Brennstoff erbrüten als sie selbst verbrennen, scheint unter den heutigen technischen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen als unsicher. Der Brüter ist weder technisch ausgereift, noch ist es klar, ob überhaupt die Sicherheitsprobleme, die wesentlich grösser sein werden als heute, gemeistert werden können. Der Einsatz der schnellen Brüter ist beim heutigen Stand des Wissens abzulehnen.

Dazu kommt, dass die Atomenergie selbst bei forciertem Ausbau in den nächsten Jahrzehnten nur einen beschränkten Teil an der gesamten Energieversorgung tragen könnte (10 bis 20 Prozent) und dass damit die in den Abschnitten 1 bis 4 angeführten Probleme mit den anderen Energieträgern bloss abgeschwächt, aber nicht gelöst sind.

6. Die Probleme mit den regenerierbaren Energieträgern

Die sogenannten «alternativen», regenerierbaren Energieträger – Sonne, Wind, Erdwärme, Biogas – wurden bis heute kaum erforscht und die entsprechenden Techniken stehen noch in den Kinderschuhen. Sie sind gegenwärtig noch etwa doppelt oder mehrfach so teuer wie Erdöl. Es ist jedoch mit Sicherheit zu erwarten, dass sie in Zukunft billiger werden, während sich die Atomenergie und die fossilen Energieträger zunehmend verteuern. Auch wenn die herkömmlichen tiefen Schätzungen über den möglichen Anteil dieser Energiequellen am Gesamtangebot zu einem rechten Teil Zweckpessimismus sind, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass sie in absehbarer Zeit einen ins Gewicht fallenden Prozentsatz nur erreichen können, wenn der Gesamtverbrauch nicht mehr sehr stark zunimmt. Bei weiterem starkem Wachstum des Energieverbrauchs bleibt der Anteil der regenerierbaren Energieträger am Gesamtangebot, wie auch ihr Beitrag zur Lösung des Energieproblems, klein.

7. Konsequenzen für die Energiepolitik

Daraus ergeben sich wichtige Schlussfolgerungen für die Energiepolitik:
- Möglichst wenig Energie verbrauchen.

- Möglichst inländische, regenerierbare Energiequellen fördern. Nur so kann die Aussenabhängigkeit gemildert werden.

Dabei sind aber eine Reihe von wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Randbedingungen zu beachten. Diese entsprechen den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen der Arbeiterbewegung, die wir kurz wie folgt definieren können:

- Vollbeschäftigung bei möglichst stabilem Preisniveau;
- gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen und dadurch Besserstellung der bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen;
- Steigerung der Lebensqualität im weitesten Sinne;
- Verhinderung des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht durch öffentliche Kontrolle und durch Verwirklichung demokratischer Grundsätze in der Wirtschaft;
- regionaler Ausgleich;
- Solidarität, Ausgleich und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, insbesondere zwischen reichen und armen Nationen.

In Verfolgung dieser Ziele muss bestimmt werden, wie klein der Energiezuwachs und wie gross der Anteil der inländischen, regenerierbaren Energieträger in den nächsten Jahrzehnten werden kann. Dies ist im wesentlichen ein politischer Entscheid.

8. Energie und Arbeitsplätze

Um der Bevölkerung den Bau und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken schmackhaft zu machen, wird unter anderem behauptet, die Erhaltung unserer Arbeitsplätze erfordere eine ständig wachsende Energieerzeugung. Demgegenüber ist vorerst festzuhalten: Innerhalb weniger Jahre (1973 bis 1976) gingen in der Schweiz rund 350 000 Arbeitsplätze verloren. Gleichzeitig nahm die Elektrizitätsproduktion weiterhin zu. Der Beschäftigungsgrad ist also offensichtlich nicht direkt und einseitig vom Ausmass der Stromproduktion abhängig.
Zwar kann nicht bestritten werden, dass sich das Bruttosozialprodukt und der Gesamtverbrauch an Energie seit dem Beginn der Industrialisierung mehr oder weniger parallel entwickelten. Doch kann aus dieser Tatsache nicht auf eine unabänderliche ökonomische Gesetzmässigkeit geschlossen werden. Es ist vielmehr festzustellen, dass über lange Zeiten die relativ problemlose Beschaffbarkeit billiger Energie (in den letzten Jahrzehnten vor allem auch Öl) Technologien und Lebensformen förderte, die einen stets wachsenden Energieverbrauch bedingten. Was insbesondere den Stromverbrauch anbelangt, muss heute eher befürchtet werden, dass mit einer weiteren Steigerung vor allem Arbeitsplätze im gewerblich-

industriellen und im Dienstleistungssektor wegrationalisiert werden sollen.
Wohl beschäftigt der Bau eines mittleren Atomkraftwerkes 4000 bis 5000 Arbeitskräfte während ungefähr fünf Jahren, wenn auch in einem sehr ungleichmässigen Rhythmus. Um diese Arbeitsplätze weiterhin zu erhalten, müssten dann aber unabhängig vom Strombedarf dauernd neue Kernkraftwerke errichtet werden. Der Betrieb der Werke selbst erfordert wenig Personal, und dieses ist – auch abgesehen von möglichen Pannen oder gar Katastrophen – teilweise beachtlichen Strahlenrisiken ausgesetzt.
Bau und Betrieb von Atomkraftwerken in der Schweiz haben weder einen merkbaren Einfluss auf die internationale Konjunktur, noch verbessern sie die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Auch die Auslagerung arbeitsintensiver Produktionslinien in Niedriglohnländer wird damit nicht verhindert. Die erwähnten Faktoren spielen aber für das Arbeitsplatzproblem eine ungleich entscheidendere Rolle als die Stromversorgung. Diese erlaubt im übrigen gegenwärtig einen massiven Export von Elektrizität. Selbst wenn man die durch die Modernisierung bestehender Wasserkraftwerke zu erwartende Mehrerzeugung und den Beitrag der Alternativ-Energien mit äusserster Vorsicht veranschlagt, genügen die gegenwärtig vorhandenen Kapazitäten (einschliesslich der Lieferverpflichtungen von Bugey und Fessenheim) für längere Zeit zur Aufrechterhaltung der heutigen Wirtschaftstätigkeit. Auch aus dieser Sicht ist also der Bau weiterer Kernkraftwerke sinnlos.
Sinnvoll dagegen ist die intensivere Nutzung der inländischen und regenerierbaren Energiequellen, die Verbesserung der Nutzungstechnik und die Einsparung von Energie insbesondere auch durch bessere Wärmeisolation der Häuser und durch die Wärme-Kraft-Koppelung in der Industrie. Dadurch können ohne schädliche Nebenwirkungen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als durch den Bau von Kernkraftwerken. Zudem lassen sich diese Arbeiten zeitlich besser staffeln, womit die Beschäftigung konstanter wird.

9. Wirtschaftswachstum, Lebensqualität und Energie

Heute wird allgemein das Wachstum des Bruttosozialproduktes als Massstab der volkswirtschaftlichen Entwicklung gebraucht. Alle wirtschaftspolitischen Massnahmen werden dann positiv beurteilt, wenn sie einen Beitrag zur Steigerung des BSP leisten. Langsam setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass das BSP als alleiniger Massstab des Wohlstandes ausgedient hat und dass eine Politik, die sich ausschliesslich am Wachstumsziel orientiert, zu Fehlleistungen führt.
Eine amerikanische Studie zeigt, dass im Zeitraum von 1947 bis 1958 rund die Hälfte des Zuwachses am BSP dafür verwendet werden

musste, um die zusätzlichen Belastungen im gesellschaftlichen Bereich und in der Umwelt zu bezahlen. Heute werden etwa zwei Drittel der in Geldwert ausgedrückten Zuwachsraten verzehrt, um die zivilisatorischen Schäden der Industriegesellschaft (Autounfälle, psychische Krankheiten, Folgen falscher Ernährung, Umweltzerstörung usw.) einigermassen zu reparieren. Der positive Effekt des Wachstums nimmt immer schneller ab und kann, bei einer weiteren Entwicklung in der eingeschlagenen Richtung, negativ werden. Die Volkswirtschaft wird so zu einer Leerlaufmaschine.

Mittelfristig ist allerdings die Berechnung des Bruttosozialproduktes mit einer Fehlerquote belastet, die noch als mehr oder weniger konstant angenommen werden darf. Die Entwicklung des BSP kann daher mangels anderer Orientierungsdaten für Trendvergleiche benutzt werden. Aus Erhöhungen des BSP müssten beispielsweise weiterhin gewerkschaftliche Forderungen abgeleitet werden.

Der gesellschaftliche Wohlstand dagegen kann mit Sicherheit nicht mehr mit dem falschen Massstab des BSP gemessen werden. Kriterien wie der Gesundheitszustand des Volkes, das allgemeine Bildungsniveau, die Intensität der politischen und wirtschaftlichen Mitbestimmung, der Grad der Selbstbestimmung in möglichst vielen Lebensbereichen, die soziale Sicherheit bei Krankheit und im Alter, Freude an der Arbeit, sinnvolle Freizeitbeschäftigung, befriedigende soziale Beziehungen – auch im Alter – und eine unversehrte Umwelt sind weit besser geeignet, den Zustand einer Gesellschaft zu beschreiben. Erst wenn dadurch die Ziele des Wirtschaftens festgelegt sind, können diejenigen Massnahmen ergriffen werden, die den so definierten Wohlstand des Volkes heben. Der Nobelpreisträger Jan Tinbergen drückt das so aus: «Ihr müsst nicht das Bruttosozialprodukt maximieren, sondern das Bruttosozialglück.»

Gerade die Energiepolitik könnte eindrückliche Beispiele dafür liefern, wie durch geeignete Massnahmen das Wachstum des Energieverbrauchs gestoppt und das allgemeine Wohlergehen trotzdem gefördert werden kann: Es zeigt sich, dass der Grad der Verschwendung so gross, die Nutzung der Energie so schlecht organisiert ist, und die Wirkungsgrade der verschiedenen Prozesse so tief sind, dass allein durch eine Politik der optimalen Nutzung der heutigen Energieströme sehr viel Energie freigesetzt werden kann. Der volkswirtschaftliche Nutzen liegt nicht darin, in die Erweiterung der Kapazitäten der Energieproduktion zu investieren. Die gleichen Investitionen, wenn sie getätigt werden, um eine bessere und effizientere Nutzung der Energie zu erzielen, können zum gleichen Resultat führen: Sie stellen die notwendige Energie bereit für die Sicherung einer sinnvollen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung der Lebensqualität. Diese Art der «Energiebereitstellung» schafft zudem mehr und sichere Arbeitsplätze.

B. Stellenwert, Ziele und Instrumente einer neuen Energiepolitik

10. Der Stellenwert der Energiepolitik

Die Energiepolitik hat grundsätzlich dienende Funktion und ist der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik unterzuordnen. Energiepolitische Entscheidungen präjudizieren jedoch langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Es ist deshalb unumgänglich, diese Entwicklungen vorauszudenken und zu überprüfen, ob sie überhaupt den gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen entsprechen oder ob sie zum Beispiel dem Ziel einer Verbesserung der Lebensqualität für alle, insbesondere aber der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, widersprechen.
Das bisherige energiepolitische Ziel, jede Energienachfrage zu befriedigen, hat hinter dem Ziel der Lebensqualität zurückzutreten. Dementsprechend muss sich die zukünftige Energiepolitik nicht mehr nur den Fragen der Energieproduktion, -verteilung, -lagerung usw. zuwenden, sondern sie hat sich in starkem Masse mit der Art der Energieverwendung beziehungsweise deren Nichtverwendung zu beschäftigen. Das Energiesparpotential gewinnt in zunehmendem Masse den Aspekt der saubersten und billigsten Energieressource.

11. Die Ziele der Energiepolitik

1. Im Rahmen der übergeordneten Zielsetzungen – Verbesserung der Lebensqualität im weitesten Sinne – soll die Energiepolitik dafür sorgen, dass die vorhandenen Energiequellen und Energieträger möglichst optimal genutzt werden, so dass der Energieverbrauch auf einem möglichst tiefen Niveau gehalten werden kann.

2. Das Risiko der Auslandabhängigkeit der Energieversorgung soll so weit wie möglich reduziert werden. Dabei geht es nicht nur darum, die Prozentanteile einzelner Energieträger zu senken. Längerfristig ist auch eine Verringerung in absoluten Werten notwendig. Neben einer vernünftigen Lagerhaltung und der Diversifikation der Energieträger nach Bezugsländern und Energiequellen scheint ein energiewirtschaftlicher Selbstversorgungsgrad von mindestens einem Drittel wünschenswert und notwendig zu sein.

3. Um die fossilen Energiereserven zu schonen und die Umweltbelastungen zu reduzieren, sind die inländischen, regenerierbaren Energiequellen in besonderem Ausmass zu fördern. Ihr Anteil an der gesamten Energieversorgung soll wesentlich angehoben werden. Zu diesen Energieträgern gehören zur Hauptsache: Sonne, Wind, Erdwärme, Biogas, Holz und Wasserkraft.

4. Die Energiepolitik hat mit dafür zu sorgen, dass die durch Energieproduktion und -verbrauch verursachte Umweltbelastung kurzfristig

mindestens nicht mehr zunimmt, mittelfristig jedoch reduziert werden kann.

5. Im Rahmen dieser Zielsetzungen soll die Energiewirtschaft eine möglichst krisenfeste und störungsfreie Versorgung gewährleisten.

12. Energiepolitische Instrumente

Um diese Ziele zu erreichen, ist eine aktive Energiepolitik des Bundes und der Kantone unerlässlich. Die Kompetenzen dafür sollen in einem Bundesverfassungsartikel festgelegt werden. Welche Instrumente in der Energiepolitik angewandt werden sollen, ist eine Frage der Zweckmässigkeit. Eine Kombination verschiedener Massnahmen drängt sich auf. Im Vordergrund stehen folgende Massnahmen:

- Abgaben auf einzelne Energieträger;
- Subventionen, Kapitalbeihilfen, Abschreibungserleichterungen, Steuerabzüge usw.;
- Verbote und Gebote;
- Mengenbewirtschaftung wie Kontingentierung und Rationierung;
- Forschungs- und Entwicklungsförderung.

In den folgenden Kapiteln werden diese Instrumente detailliert besprochen.

C. Energiepreise, Preisausgleich, fiskalische Massnahmen

13. Verursacherprinzip

In der Nachkriegszeit sind die Energiepreise sowohl im Verhältnis zu anderen Produkten wie auch absolut ständig gesunken. Energie – Elektrizität und Öl – ist so billig geworden, dass in vielen Branchen und auch bei vielen Konsumenten die Energiekosten gar nicht mehr beachtet wurden. Diese Verbilligung der Energie war nur möglich, weil viele soziale Kosten im Zusammenhang mit der Energieerzeugung, dem Transport und dem Verbrauch zum Teil auf die Allgemeinheit abgewälzt wurden und zu einem noch grösseren Teil in Form von Umweltbelastung und Umweltzerstörung «bezahlt» werden mussten. Es ist heute notwendig, sich dieser Kosten bewusst zu werden und sie direkt den entsprechenden Energieträgern anzulasten (Internalisierung).

14. Steigende Preise

Auch ohne diese Anwendung des Verursacherprinzips muss damit gerechnet werden, dass die Energiekosten in Zukunft wesentlich steigen werden. Bei der Diskussion um den Aufbau einer energie-

wirtschaftlichen Infrastruktur, die auf Jahrzehnte Bestand haben wird, sind diese Preisentwicklungen bereits heute zu berücksichtigen, inklusive soziale Kosten. Das heisst, dass bereits heute eine Reihe von Investitionen zur besseren Nutzung der Energie oder zur Produktion von alternativen Energien in einem weiteren Sinn wirtschaftlich sind.

15. Preisausgleich und Energieabgabe

Zwischen den einzelnen Energieträgern ist ein Preisausgleich zu schaffen, indem einzelne Energien verteuert und andere verbilligt werden. Insbesondere ist das Erdöl durch eine Abgabe zu belasten. Mit den so erhobenen finanziellen Mitteln sind umweltfreundliche Energien und Energiesysteme zu fördern. Die einheimischen Energiequellen (unter anderem die Sonnenenergie und das Holz) sind bevorzugt zu behandeln.

16. Unterstützung von Sparmassnahmen

Bemühungen zur Senkung des Energieverbrauchs im Bereich der Haushalte, im Verkehr und in der Industrie können mit diesen Geldern unterstützt werden. Darunter fallen insbesondere die Nachisolation von Altbauten und die Abwärmenutzung. Energiesparmassnahmen können auch durch Steuerabzüge und Abschreibungserleichterungen beschleunigt werden.

17. Degressive Tarife

Degressive Tarife sind vor allem im Elektrizitätssektor zu eliminieren.

D. Sparmassnahmen in den einzelnen Verbrauchssektoren

18. Raumheizung und Warmwasser

Die Raumheizung und Warmwasserbereitung in den Haushalten und im Dienstleistungssektor verschlingen heute fast 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Hier sind mit Schwergewicht Massnahmen zu ergreifen:

- Isolations- und Bauvorschriften bei Neubauten (Eidgenössische Richtlinien für kantonale Baugesetze).
- Individuelle Heizabrechnung durch Einbau von Wärmezählern. Bei Neubauten und bei umfassender Renovation von Altbauten ist der Einbau von Wärmezählern obligatorisch vorzusehen. Für die übrigen Bauten soll ein Anreiz geschaffen werden.
- Konzessionspflicht für Klimaanlagen.
- Verbot, private Schwimmbäder fossil oder elektrisch zu heizen.

- Typenprüfung für Ölfeuerungskessel und regelmässige Ölbrennerkontrollen.
- Sanierungsprogramm für jenen Teil der bestehenden Bausubstanz (etwa 30 Prozent), die am schlechtesten isoliert ist.
- Aufbau neuer Heizsysteme auf Quartierebene mit Wärme-Kraft-Koppelung und Wärmepumpen (integrierte Wärme-Kraft-Systeme); Niedertemperatursysteme mit Abwärme- und Umgebungswärmenutzung.

Das Sanierungsprogramm und der Aufbau neuer Heizsysteme sollen mit Erträgen der Energieabgabe gefördert werden.

19. Sparmassnahmen im Verkehrssektor

Der Verkehr benötigt in der Schweiz rund einen Viertel des Gesamtenergieangebotes. Man schätzt in den Prognosen, dass der Verkehr noch überproportional zum Wirtschaftswachstum zunehmen werde, dass sich nicht nur die Zahl der Autos noch mehr als verdoppeln wird, sondern dass auch noch die täglichen Distanzen (Pendler, Einkaufswege, Erholungswege) grösser werden und dass selbst der Benzinverbrauch pro 100 km noch eher ansteige. Aus energiepolitischen Gründen sind zwei Möglichkeiten ins Auge zu fassen, den Energieverbrauch des Verkehrssektors weniger anwachsen zu lassen: Massnahmen, die den Energieverbrauch pro gefahrenen Kilometer senken, und Massnahmen, die verhindern, dass das Verkehrsvolumen in diesem prognostizierten Ausmass zunimmt:

- Massive Besteuerung von Autos, die eine bestimmte minimale Kilometerleistung pro Liter nicht erreichen.
- Förderung neuer Antriebsmotoren bei PW (zum Beispiel Diesel) durch geeignete Massnahmen.
- Geschwindigkeitsbeschränkungen: Autobahn 100 km, ausserorts 80, innerorts 50 km/h.
- Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Verdichtungsräumen und im Inter-City-Verkehr; Umlagerung der Güter-Grobverteilung auf die Bahn, Huckepack.
- Verhinderung weiterer Zersiedlung, keine neuen Shopping-Centers auf der grünen Wiese, Förderung einer räumlichen Entwicklung, die auf eine Stärkung der regionalen Schwerpunkte abzielt (Leitbild der «konzentrierten Dezentralisation»); Erhaltung und Förderung durchmischter Siedlungsstrukturen.
- Keine Grossüberbauungen und -projekte in nicht durch den öffentlichen Verkehr erschlossenen Gebieten.
- Umlegen von Steuer und Versicherung (Haftpflicht, Unfall und Insassen) auf die Benzinpreise.

- Aufheben der Zweckbindung der Benzinzollzuschläge und teilweise Verwendung der Erträge zugunsten des öffentlichen Verkehrs.

20. Sparmassnahmen in der Wirtschaft

In der Industrie ist die sogenannte Kostenrationalität am grössten, das heisst sie reagiert am schnellsten auf Veränderungen der Energiekosten. Die bereits aufgeführten fiskalischen Massnahmen (Preisausgleich, keine degressiven Tarife, Energieabgaben) sowie die damit verbundenen Preissteigerungen werden in der Industrie zu entsprechenden Anpassungsprozessen führen. Im Gegensatz zu viel gehörten Behauptungen ist das Sparpotential in der Industrie bei weitem nicht ausgeschöpft, und Grenzen für die Verbesserung der Nutzungseffizienz sind nicht abzusehen, mit Ausnahme der ökonomischen. Auf diese ist in der Ausgestaltung der Energiepolitik Rücksicht zu nehmen.

Die Energieersparnisse werden vor allem realisiert durch:

- Abwärmenutzung und wenn möglich stufenweise Nutzung der Energie;
- Wärme-Kraft-Koppelung. Die Elektrizitätsunternehmen sind zu verpflichten, den dabei anfallenden Strom zu angemessenen Bedingungen abzunehmen;
- neue energiesparende Produktionsverfahren;
- Wärmepumpen.

Die Anpassungsprozesse in der Industrie können durch Investitionsbeihilfen für energiesparende Investitionen gefördert werden (aus der Energieabgabe sowie durch Abschreibungserleichterungen).

Als weitere Massnahmen sind vorzusehen:

- Pflicht zu einer Energiebuchhaltung,
- Verbot von Reklame zur Anheizung des Energiekonsums,
- Verbot von energieintensiven Verpackungsmaterialien (zum Beispiel Aluminiumbüchsen),
- Vorschriften über das Recycling energieintensiver Materialien,
- Vorschriften über die Lebensdauer langlebiger Konsumgüter,
- Beratung durch Organe der Kantone und Gemeinden,
- Normen für den zulässigen Energieverbrauch verschiedener Geräte usw. und deren Zulassung; Anschriftspflicht über den Energieverbrauch.

E. Das Energieangebot

21. Grundsätzliches

Die durch eine gezielte Energiepolitik wesentlich gedämpfte Energienachfrage soll möglichst krisen- und störungssicher gedeckt werden. Dabei ist nicht nur auf die technische Sicherheit zu achten, sondern in ebensolchem Masse auf die politische und militärische Sicherheit. In diesem Zusammenhang kommt einer dezentralisierten, regionalen Energieversorgung grosse Bedeutung zu.

22. Elektrizität

Elektrizität ist die kostbarste Energieform, über die wir verfügen. Sie ist jedoch knapp. Unsere Wasserkräfte sind praktisch vollständig ausgebaut, und um eine Einheit Elektrizität aus andern Energieträgern herzustellen, braucht es etwa dreimal soviel an Kohle, Öl, Gas oder Nuklearwärme als Ausgangsenergie. Mit ihrer Hydroelektrizität allein gehört jedoch die Schweiz bereits zu den Ländern Europas mit dem höchsten Elektrizitätsanteil an der gesamten Energieversorgung und sie wäre damit in der Lage, auf absehbare Zeit ihren wirklichen Bedarf nach dieser kostbaren Energie zu decken. Das prognostizierte überproportionale Wachstum des Elektrizitätskonsums entspricht nicht einem echten Bedürfnis der Wirtschaft, auch nicht der Konsumenten, sondern ist das Resultat einer gezielten Verkaufsförderung.

23. Elektrizität aus Kernkraftwerken

Der weitere Ausbau der Elektrizitätsversorgung durch Atomenergie ist grundsätzlich nicht zu empfehlen. In jedem Fall ist auch ein beschränkter Weiterausbau der nuklearen Kapazität nur unter folgenden Bedingungen zulässig:

- Das Atommüllproblem muss gelöst sein, und zwar hinsichtlich der Aufarbeitung, Verglasung und Endlagerung;
- der Inlandbedürnisnachweis muss zwingend erbracht und die Nachfrage nicht auf andere Weise zu befriedigen sein;
- die Atomkraftwerke und Atommülldeponien dürfen nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung plaziert werden.

An Stelle des nuklearen Ausbaus sind vorrangig drei energiepolitische Ansätze zu verfolgen:

- Elektrizität ist primär keine Substitutionsenergie. Sie ist im Gegenteil äusserst sparsam zu verwenden. Sie soll jenen Anwendungszwecken vorbehalten sein, an denen ihre Vorteile zur Geltung kommen: Licht und Kraft. Nur Überschusselektrizität ist zur Erzeugung von Heizwärme zu gebrauchen.

- Anstatt im Hausbrand und in den Industriefeuerungsanlagen das Erdöl einfach zu verbrennen, kann in vielen Fällen durch Wärme-Kraft-Koppelung nicht nur kostbare Elektrizität erzeugt werden, sondern auch der Wirkungsgrad der Energieverwertung verbessert werden. Damit wird auch Energie gespart. Diese Anwendung der Wärme-Kraft-Koppelung ist zielstrebig zu fördern.
- Eine ganze Reihe von Wasserkraftanlagen sind in der Schweiz technisch veraltet. Ihr Ausbau und ihre Modernisierung würde ebenfalls zusätzliche Elektrizität bringen. Diese Möglichkeiten sind voll auszuschöpfen.

24. Erdgas

Eine anteilmässige und auch absolute Zunahme des Erdgasanteiles in den nächsten Jahren ist durchaus erwünscht und förderungswürdig. Erdgas soll schwergewichtig in Städten und Agglomerationen zur Wärmeproduktion in Haushaltungen und in der Wirtschaft eingesetzt werden. Es lässt sich damit eine Verbesserung der lufthygienischen Situation erzielen, da der Anteil der giftigen Gase bei der Gasverbrennung sehr gering ist. Mit grosser Dringlichkeit müssen auch in unserem Land für diese Energieträger Speichermöglichkeiten geschaffen werden.

25. Kohle

Im Interesse einer möglichst diversifizierten und versorgungssicheren Energieversorgung kann auf die Kohle als Energieträger nicht verzichtet werden. Durch Intensivierung der Anwendung moderner Kohletechnologien kann schrittweise der Stellenwert dieses Energieträgers erhöht werden. Dabei wird es in Zukunft möglich sein, ohne grosse Emissionen mittels Kombikraftwerken elektrischen Strom zu erzeugen und durch Kohlevergasung das Erdgas zu ergänzen und langfristig zu ersetzen.

26. Alternative, regenerierbare Energieträger

Als alternative, regenerierbare Energieträger bezeichnen wir die Sonnenwärme inklusive Umgebungswärme, Wind, Erdwärme, Holz und Biogas. Der Anteil dieser Energieträger an der gesamten Versorgung ist entscheidend zu steigern und finanziell zu fördern. Die Priorität für die öffentlichen Forschungsgelder im Energiesektor ist von der Kernforschung weg auf diese alternativen Energieträger zu verlegen. Ein mengenmässiger Anteil von 10 bis 15 Prozent im Jahre 2000 scheint heute erreichbar und erstrebenswert zu sein.

27. Sonnenwärme

Die Sonne kann als Lieferant von Warmwasser in Haushalt, Gewerbe, Dienstleistungssektor und Industrie einen beachtlichen Anteil zur Energieversorgung beisteuern und das zu Kosten, die bereits bei heutigen Energiepreisen nah an der Wirtschaftlichkeitsschwelle liegen. Sie kann und soll aber auch zu Heizzwecken – gekoppelt mit einem anderen Heizsystem – und in kleinerem Ausmass zur Elektrizitätserzeugung eingesetzt werden. Diese Anwendungsarten sind heute zu fördern.

28. Umgebungswärme

Grosse Mengen von Sonnenwärme und zum Teil auch zivilisatorischer Abwärme sind in der Luft und in den Gewässern gespeichert. Diese Wärme kann genutzt werden. Wärmepumpen vermögen der Umgebung ein Vielfaches an Energie in Form von Wärme zu entziehen, das sie selber verbrauchen. Das heisst, die für die Raumheizung eingesetzte fossile oder elektrische Energie kann mit der Wärmepumpe praktisch verdrei- bis vervierfacht werden. Diese Lösungen sind bereits heute wirtschaftlich und ihre Anwendung sollte vor allem in Neuüberbauungen, Quartiersanierungen, Schwimmbädern usw. gefördert werden.

29. Wind

Windenergie spielt in der Schweiz eine geringe Rolle. Im Gegensatz beispielsweise zu Deutschland oder Dänemark ist das Windenergiepotential klein und eine Nutzung nur in speziellen und kleintechnologischen Fällen möglich.

30. Erdwärme

Die in der Erdkruste vorhandene Wärme – in Form von Wasserdampf, Warmwasser (Thermalquellen) und heissen Gesteinen – ist eines der grössten Energiereservoire, die dem Menschen zur Verfügung stehen. Es wird heute praktisch noch nicht genutzt. Da die Schweiz in einer geologisch günstigen Zone liegt, sollten jedoch die Anwendungs- und Nutzungsmöglichkeiten der Erdwärme intensiv erforscht werden. Die Chancen, einen beträchtlichen Beitrag an die Energieversorgung zu erschliessen, sind in der Schweiz grösser, wenn nach Warmwasser anstatt nach Erdöl oder Erdgas gebohrt wird.

31. Holz

Der Anteil des Holzes an der Energieversorgung soll gesteigert werden. Dieses Postulat muss nur schon im Hinblick auf die Ge-

sunderhaltung der Wälder gestellt werden. Eine Verdoppelung bis Verdreifachung des heutigen Beitrages ist realisierbar. Allerdings gilt es hier, die Verbrennungstechnologie zu fördern, vor allem im Hinblick auf die Luftreinhaltung.

32. Erdöl

Die Erdölprodukte werden noch auf absehbare Zeit den Hauptpfeiler der Energieversorgung darstellen. Sie bilden die Füllgrösse innerhalb der skizzierten Angebotsstruktur. Durch den wachsenden Anteil der alternativen Energieträger inklusive Erdgas und Kohle und durch den Effekt der Energiesparmassnahmen kann der Erdölanteil vorerst prozentual, dann aber auch absolut gesenkt werden.

33. Neue technische Systeme

Neben den alternativen Energieträgern kommt auch einigen neueren technischen Systemen eine grosse Bedeutung zu. Zwei davon sind weiter oben schon erwähnt worden: die Wärme-Kraft-Koppelung und die Wärmepumpe. Diese beiden Technologien, die sowohl zu einer wesentlich verbesserten Energienutzung führen, als auch das Energieangebot beeinflussen, sind stark zu fördern. Die Abwärme am thermischen Kraftwerk, aus der Industrie und an Müllverbrennungsanlagen ist zu nutzen. Dazu sind geeignete Formen von Fernwärmeversorgungen ins Auge zu fassen. In diesem Zusammenhang verdient vor allem auch die sogenannte «kalte» Wärmeversorgung geprüft zu werden. Dieses System sammelt in bestimmten Gebieten die Abwärme aus Industrie und Energiewirtschaft zusammen und verteilt sie an Wärmebezüger in den Haushalten und im Dienstleistungssektor. Diese Bezüger sind in der Lage, mittels Wärmepumpen wiederum Wärme auf einem brauchbaren Niveau zu gewinnen. Auf diese Weise können sehr grosse Mengen an Erdöl eingespart werden. Der Wirkungsgrad des Systems ist dabei am grössten, wenn die Wärmepumpen nicht elektrisch, sondern mit Erdgas oder Heizöl betrieben werden, da die dabei anfallende Abwärme ebenfalls mitverwertet werden kann.

F. Forschung und Entwicklung

34. Umorientierung der Forschungsgelder

Die Auseinandersetzung um die Atomenergie hat gezeigt, dass die Forschungspolitik (auch die Grundlagenforschung) nicht losgelöst von sozialen und politischen Wertungen betrachtet werden kann. Die Forschungspolitik ist darum demokratisch zu gestalten. In umstrittenen Bereichen sind auch solche Wissenschafter, die der offiziellen Energiepolitik kritisch gegenüberstehen, mit staatlichen

Mitteln zu unterstützen. Die Priorität der Energieforschung darf nicht nur im Bereich der Nuklearforschung liegen, sondern ist auf die sparsamste Verwendung von Energie, alternativer Energieträger und neuer Energiesysteme zu verlegen. Im Vordergrund stehen die folgenden Problemkreise:

- Niedertemperatur-Wärmeversorgung
- Wärmepumpen
- Gewinnung von Erdwärme, insbesondere Thermalwasser auf niederem Temperaturniveau
- Anwendungsmöglichkeiten der Sonnenenergie
- Wärmedämmung bei Neu- und Altbauten
- Speicherung von Wärme und Elektrizität
- Wärme-Kraft-Koppelung
- Energiebilanzen usw.

Soweit Nuklearforschung noch betrieben werden soll, hat sie sich schwergewichtig auf sicherheits- und entsorgungstechnologische Fragen zu konzentrieren.

G. Information und Aufklärung

35. Information der Bevölkerung

Der Information der Bevölkerung über energiewirtschaftliche Probleme und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen, über Möglichkeiten von Energiealternativen, über wirtschaftliche Sparmassnahmen usw. kommt grosse Bedeutung zu. Diese Informationsaufgabe darf nicht der Energiewirtschaft überlassen werden, sondern muss einer von ihr unabhängigen, öffentlich kontrollierten Stelle überbunden werden. Diese Informationsstelle hätte insbesondere auch bei der Erarbeitung von Lehrmitteln in Volksschulen mitzuarbeiten. Die notwendige demokratische Beteiligung der Bevölkerung an energiepolitischen Entscheidungen setzt eine objektive Information voraus.

36. Offenlegung der Energiedaten

Wichtige Wirtschafts-, Umwelt- und Energiedaten sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es geht nicht an, dass auf den verschiedensten Ebenen wichtige Daten geheimgehalten, beziehungsweise nur gewissen Interessengruppen zugänglich gemacht werden, die von grossem Interesse für die Öffentlichkeit sind. Alle Energielieferanten sind zu verpflichten, ihre Tarifstrukturen offenzulegen, darin eingeschlossen die mit Grosskunden ausgehandelten Tarifabkommen.

H. Die rechtlichen Grundlagen

37. Grundsätzliches

Ein Energieartikel in der Bundesverfassung ist unumgänglich. Dieser muss dem Bund die Kompetenz für eine aktive Energiepolitik geben. Dazu gehören nicht nur Kompetenzen zur Beeinflussung der Angebotsstruktur und der grossräumigen Infrastruktur. Auch die Beeinflussung der Nachfrage wird ein wesentlicher Bestandteil der Energiepolitik. Damit sollen auch die Rechtsgrundlagen für die Belastung einzelner Energieträger mit einer Abgabe und für die Schaffung eines Energiepreisausgleichs zwischen den einzelnen Energieträgern geschaffen werden. Die Vorarbeiten für den Verfassungsartikel und die Ausführungsgesetzgebung sind unverzüglich an die Hand zu nehmen.

38. Vorschlag für einen Energieartikel in der Bundesverfassung

1. Zur Gewährleistung einer möglichst sicheren, umweltgerechten, haushälterischen und preiswerten Energieversorgung und Energienutzung ist der Bund zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des Energiewesens befugt.
2. Die Kantone und zuständigen Organisationen der Wirtschaft können zum Vollzug beigezogen werden.

Winterthur während der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre

Robert Bolz[1]

Zu Winteranfang 1929/30 liefen alarmierende Nachrichten aus den USA ein. Angesichts voller Speicher, überfüllter Kohlenhalden und riesiger Bestände an andern industriellen Rohstoffen hatten Spekulanten an den Effektenbörsen auf Hausse gesetzt. Sie erwiesen sich als üble Deuter der wirtschaftlichen Entwicklung, ernteten aber den makabren Ruhm, die sozial und politisch folgenschwerste Wirtschaftskrise der Menschheitsgeschichte ausgelöst zu haben. Eigentliche Krisenursachen waren die dem profitkapitalistischen Wirtschaften eigenen Fehler und Mängel, wie auch jene Fehlleistungen, welche sich die Siegerstaaten von 1918 dadurch hatten zuschulden kommen lassen, dass sie in Versailles einen Diktatfrieden zuliessen, statt auf einem Verständigungsfrieden zu beharren.

Zerrüttete Welt...

In den zwanziger Jahren hatte der 1880 geborene Chef der Schwedischen Zündholz AG, Ivar Kreuger, als grosser und erfolgreicher Geschäftsmann von sich reden gemacht. Zusammen mit der in New York domizilierten International Match Corporation hatte Kreuger in 33 Ländern der Erde Zündholzfabriken an sich zu ziehen oder zu gründen verstanden und so den weltweiten Zündholzmarkt zu gut drei Vierteln beherrscht. Auch mit der Weimarer Republik war der Schwede gross ins Geschäft gekommen: Dem unter Druck des Friedensdiktats stehenden, von innenpolitischen Gegnern tödlich bedrohten Nachkriegsdeutschland hatte er eine Anleihe gewährt und sich das Zündholzmonopol auch auf dem deutschen Markt eingehandelt. 1931 krachte dieses private Wirtschaftsimperium Kreugers zusammen, was kräftig zur Krisenverschärfung beitrug.
Nachdem die Siegermächte des Ersten Weltkrieges durch eine Serie von sogenannten Plankonferenzen selbst kundgegeben hatten, dass die Deutschland auferlegten Reparationsleistungen niemals in voller Höhe einzutreiben sein würden, versuchten sie 1932 an einer Konferenz in Lausanne, Bilanz zu ziehen. 132 Milliarden Goldmark hätte das besiegte Deutschland aufbringen sollen. 51 Milliarden waren eingegangen, aber inzwischen war der Kapitalmarkt der Welt in Unordnung geraten, nicht zuletzt infolge der Darlehen, die man Deutschland gewähren musste, um es in die Lage zu versetzen, die fälligen Quoten an Reparationsleistungen zu zahlen. Während die

[1] Abdruck aus dem «Winterthurer Jahrbuch 1979»

Alliierten in Lausanne sich darüber stritten, ob Deutschland noch an die 3 Milliarden Goldmark zugemutet werden könnten, charakterisierte die Bank für Internationale Zahlungen die Lage mit der lapidaren Forderung: «Alle zwischenstaatlichen Schulden (Reparationsleistungen und andere Kriegsschulden) sind der zerrütteten Lage der Welt anzupassen...»
Mittlerweile war in Deutschland ein Krisen-Nutzniesser herangewachsen. Der Österreicher Adolf Hitler verstand es, alle nationalen Empfindlichkeiten der Deutschen und alle ihre revanchistischen Träume auf seine Mühle leitend, vorerst seine Tyrannei über Deutschland selbst zu errichten und dann in der Rolle eines «Rächers» Bedroher der Welt zu werden.

Kranke Weltwirtschaft

Sinn allen Wirtschaftens ist es, für die grösstmögliche Zahl von Menschen die bestmöglichen Lebensbedingungen zu erarbeiten. Arbeitslosenzahlen sind daher Informationen über die Umstände, unter welchen der Einzelmensch seinen Existenzkampf zu führen hat.
In den USA stieg zwischen 1930 und 1936 die Zahl der Arbeitslosen auf 7,7 Millionen, ging aber im Jahr 1937 zurück auf 5,2 Millionen. Ähnliche Entwicklung in England: 2,8 Millionen Arbeitslose im Jahr 1932, 1,8 Millionen im Jahr 1936. Deutschland stand 1932 in einem Krisentief mit 5,7 Millionen Arbeitslosen. Frankreich wies Arbeitslosenzahlen auf bis 475 000, Italien bis nahezu 1 Million, Holland bis zu 415 000. Besonders hart von der Weltwirtschaftskrise betroffen sahen sich die Tschechoslowakische Republik mit 730 000 und Österreich mit 406 000 Arbeitslosen.
In der Schweiz fiel das Krisentief auf Anfang des Jahres 1936; landesweit zählte man 124 000 Ganz- und Teilarbeitslose sowie 2232 Konkurse.

Auswirkungen auf Winterthur

In der Industrie- und Handelsstadt an der Eulach wurden die Folgen der Weltwirtschaftskrise nicht als plötzliche Lähmungserscheinungen fühlbar. Das städtische Arbeitsamt hatte auf Ende 1929 eine Arbeitslosenzahl von 153 ermittelt, auf Ende 1930 eine solche von 548. Die Krisenfolgen konnten örtlich mit einer Lawine verglichen werden, die sich Zeit lässt, ohne geringste Zweifel darüber zu erlauben, dass sie fallen würde.
Am 20. September 1931 traf folgenschwere Kunde aus London ein: Abwertung des englischen Pfunds, der bisherigen Weltwährung Nr. 1! Vom englischen Interessenstandpunkt aus war die Abwertung

ein Mittel zum Anheizen des Exportgeschäftes und zur Reduktion der Arbeitslosigkeit. Den Exportindustrien anderer Länder brachte die Pfundabwertung Nachteile; einmal durch die Verluste, die aus zu bisherigem Pfundwert abgeschlossenen Lieferverträgen resultierten, zum anderen durch die günstigere Position, welche die englische Exportindustrie dank dem abgewerteten Pfund im Konkurrenz- und Preiskampf erlangt hatte.
Die Lawine war niedergegangen! Auf Jahresende 1931 führten die Listen des städtischen Arbeitsamtes die Namen von 2465 Teil- und Ganzarbeitslosen. In den darauffolgenden zwei Jahren verschärfte sich örtlich die Situation weiter und erreichte auf Jahresanfang 1934 mit 5265 Arbeitslosen den Tiefstpunkt.
Landesweit fiel dieser Tiefstpunkt, wie der Leser sich erinnern wird, auf den Jahresanfang 1936. Die Abweichung von der gesamtschweizerischen Kurvenlinie stellte einen Glücksfall für Winterthur dar. Zu Krisenanfang sahen sich insbesondere die Maschinen- und die Textilindustrie betroffen, während das örtliche und regionale Baugewerbe noch gut beschäftigt blieb. Als das Winterthurer Baugewerbe auch – und besonders schwer – krisennotleidend wurde, erlaubte vermehrter Bestellungseingang der Maschinenindustrie, wieder mehr Leute zu beschäftigen. Während des ganzen Jahresverlaufs 1935 sanken, trotz der Krise im Baugewerbe, die Zahlen, vorab der Teilarbeitslosen.

Soziale und wirtschaftliche Krisenfolgen

Ein Arbeitsloser bezog in den dreissiger Jahren ein Taggeld von Fr. 5.35 während 90 Tagen innerhalb eines Jahresverlaufs. Die Wohnbevölkerung Winterthurs stieg auch während der dreissiger Krisenjahre leicht an, trotz Rückentwicklung der Ausländerzahl. Für 1935 zählte man 55 847 Einwohner, davon 2727 Ausländer. Rechnen wir für die Krisenzeit mit einem Durchschnitt von 3000 Arbeitslosen, und nehmen wir an, mit jedem dieser zum Stempeln gezwungenen Mitbürger seien je drei weitere Personen in der Beschaffung ihres Lebensnotwendigen eng beschränkt worden (Ehefrau und zwei Kinder oder etwa eine verwitwete Mutter und zwei noch nicht erwerbstätige Geschwister), dann ersehen wir, dass sich als Krisenfolge ein Fünftel der Einwohnerschaft Winterthurs an den Rand oder teilweise unter den Rand des Existenzminimums gedrückt sah. Dementsprechend auch die Beeinträchtigung des örtlichen und regionalen Geschäftslebens. Die Sachlage erklärt, warum neben Winterzulagen auch Herbstzulagen an die Arbeitslosen bitter nötig wurden. Besonders schlimm standen die Dinge im Jahr 1932. Schon gegen Mitte April gab es 320 ausgesteuerte Arbeitslose. Deren Zahl stieg in der Folge auf über 1000 an. Mit einem dringlichen Begehren, die

Berechtigung zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung von 90 auf 120 Tage zu erweitern, war man leider nicht durchgedrungen. Die Krisenhilfe, dazu bestimmt, ein Absinken von Arbeitslosen in die Armengenössigkeit zu verhindern, war verspätet aktionsbereit geworden. Es gab harte Spannungen. Im Verlaufe dieses Jahres 1932 leistete die Stadtgemeinde Winterthur an zusätzlicher Arbeitslosenhilfe 520 590 Franken, woran der Bund und Kanton 113 631 Franken beisteuerten.

Im Kampf wider die aus unfreiwilliger Mussezeit erwachsende Not

«Billigste Krisenhilfe ist die Arbeitslosenunterstützung.» So lautete ein dem ehemaligen Chef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Dr. Schulthess, zugeschriebenes Wort. Fatalerweise wollte dies Wort nicht besagen, das mindeste, das getan werden müsse, sei die Arbeitslosenunterstützung. Es wollte vielmehr besagen: «Da die Umstände dazu zwingen, etwas zu tun, hält man sich an das, was am wenigsten kostet...»
In Winterthur wird Grundsätzen streng sparsamen Haushaltens gehuldigt. Und doch wurde in den dreissiger Jahren hier nie die Meinung vorherrschend, im Kampf wider die vielen und teilweise schweren Auswirkungen der Wirtschaftskrise gälten ausschliesslich Vorkehren, die am wenigsten kosten.
Die Gemeinde führte Notstandsarbeiten aus, an denen bis zu 450 Mann zeitlich begrenzt beschäftigt werden konnten. Zeitlich begrenzt: Um möglichst vielen Arbeitslosen zumindest für kurze Dauer eine Verdienstmöglichkeit zu verschaffen, durfte der einzelne an diesen städtischen Notstandsarbeiten nicht länger als acht Wochen mitarbeiten. Das städtische Arbeitsamt war nicht nur Stempel- und Zahlstelle. Es war bemüht, Arbeitsplätze auch auswärts zu finden. An das damals im Bau begriffene Etzel-Kraftwerk konnten bis zu 86 Winterthurer Arbeitslose vermittelt werden, an einen Dammbau an der Thur eine Gruppe und wieder andere – vornehmlich aus kaufmännischen Berufen – an die Schreibstube in Zürich.
Es wurden Umschulungen anempfohlen und gruppenweise wie auch in Einzelfällen intensiv gefördert. Insbesondere wurde den Arbeitslosen jugendlichen Alters in Erinnerung gerufen, dass das Maurerhandwerk seinen Mann ernährt. In Einführungs- und Fortbildungskursen schulte man jüngere arbeitslose Industriearbeiter zu Maurern um. Es wurden jene Arbeitslosen ermittelt, die, ohne einen Beruf erlernt zu haben, in die Stadt gekommen waren, um hier als Handlanger auf dem Bau oder in einem der Industriebetriebe besseren Lohn zu erzielen, die jedoch das ländliche Leben vermissten. 22 von ihnen, darunter auch etwa ein Städter, der auf ländliches

Leben umzustellen wünschte, wurden in der Pflegeanstalt Wülflingen in die Landarbeiten wiedereingeführt und erhielten Stellen in landwirtschaftliche Betriebe vermittelt.
Für jugendliche und für ältere, noch arbeitsfähige Arbeitslose wurden besondere Betreuungsstellen geschaffen und Beschäftigungsmöglichkeiten gesucht.
Selbsthilfe entwickelte sich. Es entstand ein Dienst zur Arbeitsbeschaffung für kaufmännisches Personal. Es entstand ein Technischer Arbeitsdienst, durch den bis zu 80 Ingenieure, Techniker und Zeichner zeitweise beschäftigt werden konnten. Es entstand im März 1935 das Schweizerische Berufslager für Metallarbeiter im Hard, das so zahlreichen Zuspruch aus allen Zonen des Landes fand, dass es erweitert werden musste.
Ernsthaftes Mühen war am Werk, um den Arbeitslosen zu ermöglichen, ja sie anzuspornen, die ihnen aufgezwungene Mussezeit zu nutzen zur Weiterschulung und zur Ertüchtigung. Ein vielseitiges Kurswesen entstand, das getragen und gefördert wurde von allen in Betracht kommenden städtischen Ämtern, von der Gewerbeschule, vom Technikum, von Gewerkschaften und vom Kaufmännischen Verein, von der Frauenzentrale und von Industriebetrieben. Weibliche und männliche Arbeitslose wurden in die Kunst geschickten Haushaltens eingeführt. Ein Kochkurs für Männer wurde zum Erfolg. Es gab Kurse zur Erhaltung von Arbeitsgeschicklichkeit und manueller Fertigkeit; der arbeitslos gewordene Spezialarbeiter sollte jederzeit und bei vollem Leistungsvermögen beruflich wieder eingesetzt werden können.
Der Bund sah sich seinerseits veranlasst, das Bemühen zu fördern, Auslandsaufträge hereinzuholen. Im März 1932 schuf er die rechtliche Basis zur Gewährung von Lohnvorschüssen und zu einer Export-Risikogarantie. Auf Ende 1934 verzeichnete man in Winterthur Fabrikationszuschüsse in der Höhe von 169 161 Franken und zugesicherte Export-Risikogarantien im Betrag von 288 325 Franken.
In jenen sorgenreichen Jahren gerieten Doppelverdiener in den Ruf, es an Solidaritätsbewusstsein fehlen zu lassen. Ehepaare, die beide Arbeitseinkommen hatten, mussten sich vorwerfen lassen, einen Verdienstlosen um seinen Arbeitsplatz zu bringen.

Landverbundene Industriearbeiter

Vorsommer 1932. In der ostschweizerischen, namentlich in der thurgauischen Presse fanden sich Beiträge, die besagten: «In den Städten, beispielsweise in Winterthur, stehen Arbeitslose Schlange vor den Arbeitsämtern. Und wir sollten es hinnehmen, im Ausland – in Vorarlberg und im Tirol – jene Hilfskräfte suchen zu müssen, die wir auf den Heuet hin benötigen?» Die Mechanisierung in der Land-

wirtschaft war damals noch nicht auf heutigem Stand. Daher war der Bedarf an helfenden Händen auf die Heuernte hin gross.
Die Arbeitsämter standen in Kontakt miteinander. Die Sache wurde unter Arbeitslosen besprochen. Gewerkschaftsfunktionäre befürchteten Schwierigkeiten. Die «Winterthurer Arbeiterzeitung» widmete der Sachlage einen ausführlichen Aufsatz. Er war in eher heiterem Ton gehalten, stellte ab auf den Geist dörflicher Hilfsbereitschaft und befürwortete beidseitiges Verständnis. Sich zum Schluss an die jüngeren unter den Arbeitslosen wendend, sagte die «Arbeiterzeitung: «Ihr *werdet* zum Heuen gehen!» Solch autoritäre Allüren darf man sich normalerweise bei uns nicht leisten. Im vorliegenden Fall löste sie weder Opposition noch Beschwerden aus. Über 200 Winterthurer Arbeitslose gingen als Heuer in die Dörfer. Einige von ihnen – der stadträtliche Bericht sagt sogar «manche» – kehrten nicht mehr zurück. Die Nöte der Zeitläufe und die freundlichen Launen eines kleinen Schelms, der seine Pfeile verschiesst, wann und wo er will, verhalfen etlichen Bauerntöchtern zu guten Ehepartnern und deren väterlichen Gehöften zu zwei starken Armen, deren sie bedurften. Unsere thurgauischen Nachbarn nörgelten nicht an den aus der Industrie gekommenen Helfern herum; in denselben Zeitungen, in denen sie frühzeitig ihrer Sorge Ausdruck gegeben hatten, anerkannten sie dankbar die erwiesene Hilfsbereitschaft und sprachen sich lobend aus über die Art, wie arbeitslose Winterthurer Industriearbeiter die ihnen ja nicht alltägliche Tätigkeit als Heuer angepackt hätten und ihrer Aufgabe zur vollen Zufriedenheit gerecht geworden seien.
Im Sommer 1933 gingen nicht nur «über 200», sondern genau 286 der Winterthurer Arbeitslosen als Heuer vorwiegend zu thurgauischen Landwirten.

Krisenkosten

Die Rechnung der Stadt Winterthur hatte für das Jahr 1930 – bei einem Steueransatz von 130 Prozent der ordentlichen Staatssteuer – mit Überschuss in der laufenden Rechnung und mit einer ungedeckten Schuld in der Höhe von 3,83 Millionen Franken abgeschlossen. Die Rechnung für 1935 wies neben einem Einnahmenüberschuss im Ordentlichen Verkehr eine auf 9,43 Millionen Franken angestiegene ungedeckte Schuld im Ausserordentlichen Verkehr auf. 1933 hatte der Steueransatz erhöht werden müssen auf 150, ein Jahr später auf 180 und für 1935 auf 190 Prozent der ordentlichen Staatssteuer.
Welche Belastung entstand hieraus dem einzelnen Steuerzahler? Einige Zahlen aus dem «Statistischen Jahrbuch der Schweiz», ein Vergleich mit einigen Schweizer Städten und mit den nach Ende des Zweiten Weltkrieges registrierten Steuerabgaben mögen diese Frage wenigstens teilweise beantworten.

Ein verheirateter Mitbürger, Vater von zwei Kindern, mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 10 000 Franken, hatte an Staats- und Gemeindesteuern zu leisten:

	1937	*1946*
In Winterthur	868 Franken	749 Franken
In Biel	1058 Franken	881 Franken
In Lausanne	518 Franken	574 Franken
In Luzern	714 Franken	827 Franken
In Zürich	789 Franken	674 Franken

Ein verheirateter Steuerpflichtiger ohne Kinder, mit einem Vermögen von 100 000 Franken, hatte seinerseits als Vermögenssteuer an Staat und Gemeinde zu bezahlen:

	1937	*1946*
In Winterthur	229 Franken	616 Franken
In Biel	355 Franken	703 Franken
In Lausanne	304 Franken	574 Franken
In Luzern	275 Franken	898 Franken
In Zürich	229 Franken	553 Franken

Narben, die nie ganz verheilen

Was langandauernde Arbeitslosigkeit bedeutet – den Jungen, die eben ihre Berufslehre beendet hatten, den im besten Leistungsalter Stehenden und den noch arbeitsfreudigen alternden Menschen –, welche Narben am Menschenstolz bittere Monate täglichen Stempelnmüssens hinterlassen und welche Verluste an Fähigkeit zum Glauben und Vertrauen in die Möglichkeit einer durch Vernunft geformten, von strengem Rechtssinn kontrollierten, die Würde aller Menschen schützenden Ordnung der Welt solche Sorgenzeiten hervorrufen, das lässt sich in Worten nur unvollkommen, in materiellen Wertbegriffen überhaupt nicht ausdrücken. Wie tief die Erinnerung an sie haften bleibt, sich einkerbt, mag folgendes Erlebnis ahnen lassen. Im Verlauf des Winters 1945/46 sah ich mich von der SP-Sektion Winterthur Altstadt, deren Mitglied ich einst gewesen war, eingeladen, mich über die mutmassliche wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit hören zu lassen. Die Versammlung war gut besucht, allerdings von meist älteren Frauen und Männern. Ich sah lauter tiefernste, sorgendurchfurchte Gesichter vor mir. Was ich aussagen wollte, gründete nicht einzig auf einsamem Sinnieren, nicht einzig auf Zeitungs- und Bücherwissen. Im Oktober 1945 hatte ich an einer Konferenz in Paris teilgenommen, an der Delegierte aus fast einem

Dutzend Länder für eine Woche zusammengekommen waren. Und im November, also wenige Wochen vor unserer Winterthurer Versammlung, war ich beteiligt gewesen an einem auf Einladung des Oberitalienischen Befreiungskomitees erfolgten Besuch schweizerischer Zeitungsleute in Mailand, in Genua und in Bologna. Überdies gehörte ich dem sogenannten «Grossen Vorstand» der Schweizer Spende an, pflegte das uns zugehende Material eifrig zu studieren und zog auch manchen Gewinn aus den wenigen, aber höchst instruktiven Konferenzen über die Kernaufgabe der Schweizer Spende: «Kriegsnotleidend gewordene Nachbarn in die Lage versetzen helfen, dass sie sich selbst zu helfen vermögen.»

Das Situations- und Zukunftsbild, das ich an jenem Abend meinen Winterthurer Gesinnungsfreunden entwarf, war vielleicht zu sehr vereinfacht. «Um unser Land herum», so ungefähr sagte ich, «liegt eine Welt teilweise in Trümmern. Aus diesen Trümmern müssen und werden die Menschen sich herausarbeiten, sie müssen und werden wieder aufbauen. Wir Schweizer sind dank dem Umstand, dass wir in den Krieg nicht direkt mit hineingerissen wurden, privilegiert: Wir haben einen intakten Produktionsapparat, und wir haben ein intaktes Transportsystem. Wir können mit manchem helfen, das eine wundgeschlagene Welt dringend benötigt, und wir können es ihr auch zuführen. Aber wir müssen bei kurzen Lieferterminen mit langen Zahlungsfristen rechnen. Im Zeichen des angelaufenen Wiederaufbaus, der sich alsgemach steigern dürfte, wird auch unsere Volkswirtschaft aus dem heutigen Zustand der Unsicherheit herauswachsen in eine neue Konjunktur hinein...»

Kaum eine Hand rührte sich. Kaum eines der sorgendurchfurchten Gesichter meiner Freunde erhellte sich. Niemand begehrte das Wort. Niemand stellte Fragen. Es war beklemmend. Der Präsident hatte einige Mühe, die zum Abschluss einer Versammlung üblichen Sätze zu formulieren.

Bis zum Schnellzug, der mich nach Zürich zurückführen sollte, war noch Zeit zu einem Glas Bier. Stadtrat Messer und einige weitere Freunde setzten sich zu mir. Jetzt wurde die Kritik laut. Und sie war eine Verurteilung. «Was du heute abend ausgeführt hast, war unverantwortlich; du hast gegen besseres Wissen gesprochen!» So wandte sich der Winterthurer Bauamtmann an mich, damit beweisend, dass er nicht nur Messer hiess, dass er auch messerscharf in seinem Urteil sein konnte. «Ich stellte die Dinge dar, wie ich sie sehe. Würde Krisenfurcht den Glauben an Wille und Fähigkeit der Menschen zum Wiederaufbau ersticken, käme das einer Selbstaufgabe der Menschheit gleich.» Und er darauf: «Erzähl du das unseren Metallarbeitern! Du weisst ganz genau, dass wir jetzt dasselbe, vielleicht noch Schwereres durchzumachen haben werden wie nach dem Ersten Weltkrieg: langanhaltende Krise und neuerliche Massenarbeitlosigkeit!»

Mein Freund Alfred Messer hatte das Kriegsende 1918 und die folgenden Krisenjahre an der Spitze der Arbeiter-Union Winterthur durchzustehen gehabt. Ihm, wie unzähligen andern Gesinnungsgenossen, hatten sich jene Jahre so tief eingebrannt in der Erinnerung, dass ihm gewisse Unterschiede zwischen damals und heute nicht erkennbar wurden.
Auf der Heimfahrt plagte mich keineswegs der Kummer, eine Niederlage erlebt zu haben. In der Sache fühlte ich mich sicher. Mich bedrückte, dass ich nicht fähig gewesen war, meinen Winterthurer Genossen etwas von dem Licht aufleuchten zu lassen, das anzeigt, dass der lange Sorgentunnel, in dem ihr Denken haftengeblieben war, auch einen Endausgang hat.

Geschichte liebt die Nuance

Die Fünfjahresperiode von 1920 bis 1924 war beschattet gewesen von der Nachkriegskrise. Das Jahr 1922 steht in der Statistik unseres Landes verzeichnet mit 96 500 Arbeitslosen. Die nach 1924 folgenden Jahre guter Konjunktur waren leider nur Übergang zur Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre, in deren Verlauf erste Vorproben des drohenden Krieges die Welt zusätzlich verunsicherten und zu deren Ende der Zweite Weltkrieg dann auch ausbrach.
Die Jahre 1946 bis 1950, die Fünfjahresperiode nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, waren belastet durch Unsicherheiten wirtschaftlicher Art und durch die aus dem «Kalten Krieg» resultierenden Spannungen. Die grösste Zahl an Arbeitslosen landesweit wies in dieser Fünfjahresperiode 1950 auf mit 31 895. Das war immer noch viel, aber es war doch weniger als ein Drittel dessen, was die Schweiz 1922 an Arbeitslosen gezählt hatte.
Der entscheidende Unterschied des Jahrfünfts nach dem Zweiten Weltkrieg zu jenem der zwanziger Jahre liegt darin, dass die fünf nach 1946 folgenden Jahre Überleitung wurden zu einer wirtschaftlichen Konjunkturperiode, die alle bisherigen Rekorde schlug und bis in die siebziger Jahre anhielt. Den Auftakt bildete die grosszügige Wiederaufbauhilfe, welche die USA zu leisten sich entschlossen. Durch die gemäss Marshall-Plan zugesprochenen Gelder verwandelten sich mehrere kriegsverarmte europäische Staaten in zahlungsfähige Besteller und Kunden auf dem Markt der westlichen Welt. Der Wiederaufbau gewann geradezu stürmisches Tempo.
«Geschichte wiederholt sich...» Wer zwei Weltkriege miterlebt und etliche Erfahrungen gesammelt hat aus drei Wirtschaftskrisen, dürfte wenig geneigt sein, diesen Satz zur absoluten Wahrheit zu erheben. Geschichte liebt die Nuance, die Variation. Und gelegentlich wartet sie mit Überraschungen auf.